RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

35. Kalenderwoche

RUB

Fed nähert sich Zinserhöhung

Janet Yellen hat am Wochenende konkretere Andeutungen zu einer Leitzinserhöhung gemacht. Zieht die EZB nach?

Nachdem Janet Yellen, Chefin der amerikanischen Notenbank- bereits vor dem Brexit-Referendum von einer Zinserhöhung durch das Federal Reserve System (Fed) gesprochen hatte, scheint es nach Verzögerungen durch eine nicht ganz eindeutige wirtschaftliche Lage in den USA nun doch bald soweit zu sein. Im Vorfeld der Notenbanker-Konferenz in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming, hielt Yellen am Wochenende eine mit Spannung erwartete Rede, in der sie auf die wirtschaftliche Lage, sowohl für die USA als auch aus globaler Perspektive, einging und die weitere geldpolitische Strategie des Fed behandelte, berichtet Reuters.

Trotz des etwas schwächer ausgefallenen Wirtschaftswachstums der Vereinigten Staaten im zweiten Quartal - hochgerechnet auf das Jahr 2016 ergeben sich lediglich 1,1 Prozent, nähere man sich den Fed-Zielen der Vollbeschäftigung und Preisstabilität, sagte Yellen. Das Fed hatte im Dezember letzten Jahres einen ersten Schritt heraus aus der Niedrigzinspolitik gewagt. Seitdem hält es die Zinsen zwischen 0,25 und 0,5 Prozent.

Wann genau Yellen nun den nächsten Schritt machen möchte, bleibt auch nach ihrer öffentlichen Einschätzung der Lage weiter offen. In ihrer Rede betonte Yellen die Wichtigkeit einer „behutsamen“ Angleichung, weiß die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Eine Rolle spielt dabei die weitere konjunkturelle Entwicklung in den USA. Vor allem das Produktivitätswachstum solle im Fokus der Beobachtungen stehen, schreibt Reuters. Kritik an den noch vorsichtigen Äußerungen Yellens

Fed-Chefin Janet Yellen
Quelle: United States Federal Reserve System

Fortsetzung auf Seite 2

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:
22. bis 28. August

Globaler Tourismus boomt
Montag, 22. August – Das globale Touristikgeschäft dürfte nach korrigierten Prognosen ein erhöhtes Wachstum von 3,1 Prozent für das Jahr 2016 aufweisen, berichtet Reuters nach einer Mitteilung des Dachverbands World Travel and Tourism Council. Während Frankreich und die Türkei aufgrund vermehrter Terroranschläge tatsächlich die auch weltweit prognostizierten Einbußen und damit ein nur schwaches Wachstum verzeichnen, boomt das Urlaubsgeschäft an anderer Stelle, beispielsweise in Spanien.

EU: Glaubwürdigkeit Griechenlands in Gefahr
Montag, 22. August – EU-Komissarin Marianne Thyssen hat die griechische Regierung zum Eingriff in die öffentliche Debatte um den Prozess gegen den ehemaligen griechischen Chefstatistiker Georgiou aufgerufen. Ihm wird vorgeworfen, das griechische Staatsdefizit im Jahr 2009 zu hoch angegeben zu haben, woraufhin besonders harte Austeritätsmaßnahmen beschlossen wurden. Er muss sich nun wegen Landesverrats und Datenfälschung vor Gericht verantworten. Thyssen forderte nun Rückendeckung für die Mitarbeiter des Statistikamtes Elstat allgemein, vor allem den Schutz vor „unbegründeten Behauptungen“, zitiert sie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ).

kommt zum Teil aus den eigenen Reihen: Mehrere Fed-Notenbänker hätten, laut Reuters, Bedenken gegenüber der anhaltenden Niedrigzinspolitik geäußert: Sie befürchten, dass die Inflation durch langfristig niedrige Zinsen deutlich angetrieben werden könnte, sodass letztendlich mit härteren geldpolitischen Maßnahmen eingegriffen werden müsse als es zum jetzigen Zeitpunkt der Fall wäre.

Auch aus europäischen Rängen war derartige Kritik zu hören. EZB-Chef Mario Draghi war selbst zwar nicht anwesend, Direktor Benoit Coeure mahnte allerdings die Regierungen ab: Die Niedrigzinspolitik wäre als kurzfristiges Stimulus-Instrument gedacht gewesen, dessen Wirkung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verschiedener Art weitergetragen hätte werden sollen. Auf der Grundlage dieses Mechanismus hätte man sich erst für niedrige Zinsen entschieden. Entsprechende Wirtschaftsreformen struktureller Art wären aber bisher größtenteils ausgeblieben, stattdessen verlasse man sich auf niedrige Zinsen als Allheilmittel für die durch die globale Finanz- und darauffolgende Staatsschuldenkrise noch immer gebeutelten Volkswirtschaften. Die „Serie von halbgaren und halbherzigen Strukturreformen“ hätte bisher einen wenig förderlichen Effekt auf die Erreichung der EZB-Ziele gehabt, sagt Coeure. Nicht alle negativen Folgen niedriger Zinsen seien mit der Ausweitung der Maßnahmen weiterhin abzufedern wie bisher.

Coeure reagiert damit auf Kritik an Draghis geldpolitischem Kurs: Finanzminister Schaeuble verwies im Vorfeld auf die schwieriger zu bewerkstelligende Altersvorsorge im Niedrigzinsumfeld, Banken und Versicherungen bemängeln sinkende Profite, berichtet Reuters.

Eine Zinserhöhung der EZB zeichnet sich dennoch weniger deutlich ab, da die europäische Wirtschaft gleich an mehreren Stellen unsicherer wirkt als die amerikanische: Italien kämpft mit einem von faulen Krediten geplagten Bankensektor, Frankreich ist wiederholtes Ziel terroristischer Anschläge und das wirtschaftliche Zugpferd in der EU – Deutschland – wurde nun von der Brexit-Angst erreicht, schreibt der Nachrichtendienst Bloomberg.

Wichtigster Indikator für eine europäische Zinsentscheidung dürften dennoch die bald anstehenden Zahlen zur Inflation sein, wie sie auch das Fed herangezogen hat. Die nächste Zinssitzung der EZB findet am 8. September in Frankfurt statt.

Hintergrund | Niedrigzinspolitik

>> Bloomberg: Draghi Silence Puts Numbers in Spotlight (engl.)

Gabriel: TTIP gescheitert
Sonntag, 28. August – Wirtschaftsminister Gabriel erklärt das geplante Handelsabkommen TTIP zwischen USA und EU für „de facto gescheitert“, schreibt die FAZ. Man hätte sich in 14 Verhandlungsrunden nicht auf einen gemeinsamen Wortlaut für eins der 27 Kapitel des Abkommens einigen können. Dem entgegen spricht sich Gabriel für das bereits verhandelte Abkommen CETA mit Kanada aus, welches der EU mehr Freiheiten lasse, und rechnet mit der Unterstützung seiner Partei auf dem anstehenden SPD-Parteikonvent.

Sanktioniertes Russland
Sonntag, 28. August – Nachdem Putin der Ukraine die Planung terroristischer Anschläge vorwarf, rechnen nun nur noch die Hälfte der durch Bloomberg befragten Experten mit einer Lockerung der wirtschaftlichen Sanktionen für Russland innerhalb des nächsten Jahres. Fachleute erwarten eine zunehmende Abwertung des Rubels und weitere Leitzinscuts.

Zahl der Woche

1,9 %

beträgt der Zuwachs von an Firmen vergebene Kredite durch Banken im Juli. Der im Vergleich zum Vorjahresmonat höhere Wert kann auf die seit März 2015 drastisch ausgeweiteten Anleihenkäufe der EZB zurückgeführt werden. *Reuters*